

Landkreis Ravensburg

den 24. Aug. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 01.06.2017 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 22 Mitglieder

Anwesend:

Stv. Vorsitzende/r

Herr Daniel Steiner

CDU

Frau Josefine Haberkorn, in Vertretung für KR Forderer

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Daniel Steiner, stv. Vorsitzender

Herr Robert Stütze,

FWV

Herr Hans Peter Küst, in Vertretung für KR Spieß

Herr Roland Schmidinger,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Liv Pfluger,

SPD

Frau Gisela Müller,

Vertreter der Jugendverbände

Herr Martin Diez,

Herr Franz Fessler,

in Vertretung für Frau Rau

Vertreter der Verbände der Freien Wohlfahrt

Herr Gerhard Krayss,

Herr Friedemann Manz,

Frau Kathrin Stumpf,

in Vertretung für Herrn Kohler

Beratende Mitglieder

Frau Magdalena Eder-Quintana,

Herr Matthias Grewe,

Frau Friederike Birgit Haar,

in Vertretung für Herrn Brennecke

Frau Heike Krause,

Frau Simone Meiners,

in Vertretung für Herrn Dr. Föll

Herr Michael Schimpf,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit und Soziales

Herr Konrad Gutemann,

Amtsleiter Jugendamt

Herr Matthias Huber,

Jugendamt

Herr Thomas Wagershauser,

Jugendamt

Herr Winfried Wiedemann,

Jugendamt

Frau Melanie Ziminski,

Jugendamt

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

wird von KR Steiner vertreten

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Josef Forderer,

wird von KRin Haberkorn vertreten

FWV

Herr Oliver Spieß,

wird von KR Künst vertreten

ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

Vertreter der Jugendverbände

Herr Evelyn Rau,

wird von Herrn Fessler vertreten

Herr Joachim Sautter,

Vertreter der Verbände der Freien Wohlfahrt

Herr Ewald Kohler,

wird von Frau Stumpf vertreten

Beratende Mitglieder

Herr Ralf Brennecke,

wird von Frau Haar vertreten

Frau Simone Daasch,

Herr Dr. Michael Föll

wird von Frau Meiners vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Jugendamtes

3. 0069/2017
Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" - Umsetzung im Landkreis Ravensburg

Mitteilungsvorlagen

4. 0045/2017
Bericht zum neuen Rahmenvertrag der Jugendhilfe
5. 0050/2017
Geschäftsbericht des Jugendamtes 2016
6. 0068/2017
Das neue Unterhaltsvorschussgesetz ab 01.07.2017 - Auswirkungen auf den Landkreis Ravensburg
7. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden am 17.05.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

KR Steiner begrüßt alle Anwesenden und entschuldigt Herrn Landrat Sievers sowie Frau Meschenmoser. Er übernimmt die stellvertretende Sitzungsleitung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1 Änderung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 30.03.2017 (Tischvorlage) gibt es keine Änderungswünsche.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Kreisräte wurden am 30.05.2017 per Mail darauf hingewiesen, dass die Niederschrift im Infosystem von session abgerufen werden kann.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Jugendamtes

3 0069/2017

Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" - Umsetzung im Landkreis Ravensburg

Frau Ziminski stellt das Bundesprogramm mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Es folgen Nachfragen der KRe Künst, Pfluger und G. Müller sowie von Herrn Diez zu

den Themen

- Aufgabenaufstockung, Arbeitsverlagerungen oder Neueinstellungen
- Herausforderung, die zusätzliche Stelle sinnvoll einzusetzen und nicht nur eine weitere Ebene einzuschieben
- Auswahl der Kooperationspartner
- Stellenzuschnitt von Frau Ziminski
- Verwendung der Projektmittel
- abweichende Zahlendarstellung auf Seite 5 der Vorlage und in der Präsentation

die von Frau Raedler und Frau Ziminski beantwortet werden.

Herr Manz hält es für wichtig, dass in erster Linie eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen zur Verfügung steht. Eine enge Verzahnung des Projekts mit allen nur denkbaren Stellen und Institutionen sei unerlässlich.

Herr Diez begrüßt den Ansatz des Bundesprogramms, über die Kinder auch die Eltern zu erreichen.

Frau Haar verweist auf den wechselseitigen Aspekt der Bildung. Es gehe nicht nur um Anpassung an die hiesigen Verhältnisse, sondern auch um die Förderung von kultureller Vielfalt und um den gegenseitigen Abbau von Vorurteilen.

KRin Haberkorn betont, dass auch die Fachkräfte hinsichtlich der kulturellen Aspekte ausreichend geschult werden müssen.

KR Kunst erwartet zu gegebener Zeit einen Bericht im Ausschuss über die weitere Umsetzung.

Beschlussentwurf:

1. Das Bundesprojekt „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ wird im Landkreis Ravensburg unter der Verantwortlichkeit des Jugendamtes umgesetzt. Der Förderzeitraum endet zum 31.12.2020.
2. Die im Rahmen des Bundesprojektes geförderte und vom Bund voll finanzierte 50%-Stelle „Koordinierungs- und Netzwerkstelle“ wird beim Jugendamt Ravensburg angesiedelt.

Die Bewilligung der Personalstelle erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die erforderliche Ressource im Kreishaushalt für das Jahr 2017 tatsächlich bereitgestellt wird.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

4 0045/2017

Bericht zum neuen Rahmenvertrag der Jugendhilfe

Herr Manz fragt nach der Einordnung des Landkreises Ravensburg im Vergleich zu anderen Kreisen.

Her Wiedemann verweist auf die Informationen im nachfolgenden Geschäftsbericht des Jugendamtes. Die Verwaltung könne die Thematik aber auch gerne weiter aufbereiten. Grundsätzlich setze das Landratsamt mehr auf den Beratungsansatz, andere Kreise vielleicht stärker auf Management.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5 0050/2017

Geschäftsbericht des Jugendamtes 2016

Herr Gutemann stellt den Geschäftsbericht 2016 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KRin Pfluger erkennt im Bericht den außerordentlich hohen Differenzierungsgrad der Arbeit des Jugendamtes. Sie interessiert sich für die Unterbringungsformen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, für die jeweiligen Kooperationspartner und den Übergang von Jugendhilfe in die Volljährigkeit. Ihrer Meinung nach sind nicht nur neue Ideen bezüglich der Beschäftigung, sondern auch hinsichtlich der Wohnformen zu

entwickeln.

Herr Gutemann verweist auf die Seiten 15 ff im Geschäftsbericht. Der Fokus der Verwaltung sei immer auf den Übergang in die Selbständigkeit ab dem 21. Lebensjahr gerichtet. Dabei sei das Jugendamt für alle denkbaren Wohnformen offen, beispielsweise auch für eine Unterbringung in Studentenwohnheimen oder Wohngemeinschaften. Die Zielsetzung sei, so rechtzeitig wie möglich und mit Einzelkonzepten steuernd zu wirken.

KRin Pfluger bittet darum, die Konzeption für den Übergang der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (sowohl aus dem Heim als auch aus der Pflegefamilie) ins Erwachsenenalter im Ausschuss detailliert vorzustellen und ggf. auch die Träger dazu einzuladen.

KRin Müller tauscht sich mit Herrn Gutemann über die Inklusion in Einrichtungen bzw. über das hierfür noch fehlende Instrumentarium aus.

KRin Müller erwähnt die Schulschwänzer und fragt nach einem Frühwarnsystem in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt.

Herr Gutemann strebt eine frühzeitige Beteiligung des Jugendamtes an, bevor das Abschieben des betroffenen Schülers von Einrichtung zu Einrichtung beginnt. Das Ziel müsse sein, den jungen Menschen in der Schule zu belassen und in Einzelfallbesprechungen mit dem Schulamt und – wenn möglich – auch mit den Eltern nach Lösungsansätzen zu suchen.

Frau Haar hinterfragt die vorgestellten Zahlen, beispielsweise zu den Vaterschaftsanerkennungen, und sucht vor allem nach kausalen Zusammenhängen der Statistik, um präventiv wirken zu können.

Herr Gutemann erläutert die Hintergründe der jeweiligen Ansätze.

KR Hämmerle nimmt Bezug auf die Trennungsberatung in strittigen Fällen, bei denen die Kinder oft instrumentalisiert würden. Er bittet darum, in der nächsten Sitzung gesondert auf den Themenblock Scheidungsberatung und Umgangsrechte einzugehen. Außerdem fragt er angesichts der Aufgabenfülle und zunehmenden Komplexität nach der personellen Ausstattung des Jugendamtes und nach dem Ausmaß des Qualifizie-

rungsbedarfes.

Frau Raedler bezeichnet den Personalmehrbedarf beim Unterhaltsvorschuss als unstrittig (siehe nächster Tagesordnungspunkt). Grundsätzlich sei die Arbeit im Jugendamt mit sozialen und emotionalen Aspekten und deshalb auch mit Supervisions-Bedarf verbunden. Jeder Fall sollte intensiv bearbeitet und begleitet werden. Angesichts der sehr engen Personaldecke müssten allerdings Abstriche gemacht werden, d.h. es werde eine qualitätvolle Arbeit geleistet, die jedoch nicht perfekt sein könne. Als Folge der einschränkenden Rahmenbedingungen sei es beispielsweise nicht möglich, die Abwägungsprozesse so gründlich vorzunehmen, wie es eigentlich erforderlich wäre. Die Verwaltung werde dieses schwer lösbare Problem auch im Rahmen der Klausur zur Kreisstrategie zur Sprache bringen.

Herr Diez dankt für den Bericht, bittet aber um eine bessere Abstimmung der Zahlen in der Sitzungsvorlage und im Bericht. Auch ihn beschäftigt das weitere Verfahren, wenn bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen die Jugendhilfe endet. Er schildert einen Fall in Ravensburg.

Herr Gutemann berichtet von der engen Abstimmung mit dem Amt für Migration und Integration. Er betont die Vielseitigkeit der Fälle. Auffallend sei auch die zum Teil fehlende Vorstellungskraft der jungen Flüchtlinge über die weitreichende Bedeutung des Wechsels aus der Jugendhilfe und die daraus resultierenden Konsequenzen für den Alltag.

Herr Waggerhauser beschreibt das mit dem Amt für Migration und Integration vereinbarte Ablauf- und Beteiligungsverfahren, welches zu einem verpflichtenden Übergangmanagement werden solle.

KRin Müller macht sich Sorgen um die zunehmende Gewalt in Familien und sucht nach Wegen, bei Bedarf schnell genug zu reagieren, um betroffene Kinder umgehend in andere Systeme bringen zu können.

Herr Gutemann betont, dass Gewalt nicht plötzlich auftritt, aber manchmal plötzlich bekannt wird. Beim Thema Inobhutnahmen sei das Jugendamt aber strukturell gut aufgestellt. Nichtsdestotrotz müsse man gerade dieses Thema immer im Blick behalten.

Herr Grewe bewertet die Qualifizierung der Mitarbeiter des Jugendamtes auf der Grundlage seiner beruflichen Erfahrungen und Berührungspunkte als gut. Er hält die Möglichkeit einer Supervision für sehr wichtig.

Auch Herr Schrimpf und Herr Manz erleben eine gute Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

Herr Grewe und Herr Schrimpf besprechen die Entwicklung und die Aussage der polizeilichen Fallzahlen zu Gewalt in Familien.

KRin Pfluger wünscht weitere Informationen zur Familienaktivierung und zur Kooperation mit dem Schulamt hinsichtlich der Inklusion (über „Wir sind in einem guten Austausch“ hinaus...).

Herr Gutemann sieht hier eine wirklich positive Entwicklung. In enger Abstimmung mit dem Schulamt seien auch schnelle Lösungen möglich. Durch ein gemeinsam entwickeltes Ablaufverfahren sei eine gute Basis für ein lösungsorientiertes Vorgehen geschaffen worden. In Zusammenhang mit der Familienaktivierung suche das Jugendamt nach geeigneten Modellen (Sozialraumaktivierung, Elternaktivierung). So wolle man beispielsweise Elterngruppen stärker in die Verantwortung nehmen und die Fachlichkeit wieder etwas zurücknehmen. Experimente in diese Richtung hätten gut angeschlagen.

KRin Pfluger bittet um eine weitere Vertiefung dieser Ansätze.

Herr Gutemann stellt für eine der nächsten Sitzungen einen gesonderten Bericht hierzu in Aussicht.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6 0068/2017

Das neue Unterhaltsvorschussgesetz ab 01.07.2017 - Auswirkungen auf den Landkreis Ravensburg

KRin Pfluger interessiert sich für die Zahl der Mütter, die sich weigern, den Vater ihres

Kindes zu benennen.

Herr Huber berichtet von einer steigenden Tendenz und oft auch unwahren Äußerungen. Der fehlende Rückgriff führe zu immensen Ausgaben.

KRin Pfluger hakt nochmals nach und fragt nach dem genauen Prozentsatz der Verweigerungen im Verhältnis zu der Gesamtzahl aller Fälle. Das neue Unterhaltsvor-schussgesetz werde von Fachleuten stark kritisiert. Sie erkundigt sich nach den Hintergründen.

Herr Huber erklärt die bisherigen und künftigen Prüfverfahren.

Herr Manz hält fest, dass die Grundintention der Gesetzesänderung positiv sei, lediglich die Umsetzung sei (noch) kritikwürdig.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7 **Mitteilungen und Anfragen**

Themen für die nächste Sitzung

Herr Gutemann kündigt an, folgende Themen für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufzubereiten:

- Trennungs- und Scheidungsberatung
- Umsetzung § 72a Bundeskinderschutzgesetz

Jugendberufshilfe; Landesförderung

Herr Gutemann gibt bekannt, dass der Weiterförderungsbescheid für die Jugendberufshilfe mittlerweile vorliegt. Die Finanzierung sei damit ab 01.04.2017 für die nächsten zwei Schuljahre gesichert.

Flyer „Projekt KiP“

Frau Raedler verweist auf den ausgeteilten Flyer „Unterstützung von Kindern und Jugendlichen psychisch erkrankter oder belasteter Eltern“ und erläutert die verschiedenen Angebotsmodule. Die Unterstützung und Entlastung der betroffenen Kinder und Jugendlichen sei schon lange eine ihrer „Herzensangelegenheiten“.

Herr Manz ergänzt: „Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern unsere Gegenwart!“ Er spricht allen Projektbeteiligten großen Dank und Anerkennung aus.

„Partnerschaft für Demokratie“ im Bundesprogramm „Demokratie leben“

Herr Diez teilt mit, dass durch dieses Bundesprogramm kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) unterstützt werden, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. Die Stadt Ravensburg habe bereits vor längerer Zeit den Zuschlag vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhalten. Neu hinzugekommen seien nun der Bodenseekreis und die Große Kreisstadt Leutkirch.

Z. B.

Stv. Vorsitzender

Daniel Steiner

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Gisela Müller

Roland Schmidinger